

**liberal central**  
**mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes**  
**berlin-mitte**  
**ausgabe november 2006**



**Herausgeber, V.i.S.d.P**

Henner Schmidt  
Vorsitzender des FDP-Be-  
zirksverbandes Berlin-Mitte  
Französische Straße 8  
10117 Berlin

[liberalcentral@fdp-mitte.de](mailto:liberalcentral@fdp-mitte.de)

**Distribution**

700 Stück digital (.pdf)  
200 Stück Print

**Chefredakteur**

Nils Augustin  
[augustin@liberal-central.de](mailto:augustin@liberal-central.de)

**Redakteure/Autoren**

Nils Augustin, Anno  
Blissenbach, Jan Valentin  
Deichsel, Maren Jasper,  
Volker Jürgensen, Kurt M.  
Lehner, Markus Löning,  
Peter Lundkowski, Katja v.  
Maur, Peter Pawlowski,  
Frauke Sander, Henner  
Schmidt, Stefan Scholz,  
Tim Stuchtey

**Autoren dieser Ausgabe**

Philipp Ehmann, Barbara  
Lochbihler, Mieke Senft-  
leben, Holger Sieg, Thomas  
Waterstradt

**Leserbriefe**

Peter Lundkowski, Beate  
Schütz

**FDP in Mitte im Internet**

[www.fdp-mitte.de](http://www.fdp-mitte.de)  
[www.fdp-fraktion-mitte.de](http://www.fdp-fraktion-mitte.de)  
[www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de)  
[www.fdp-friedrichstadt.de](http://www.fdp-friedrichstadt.de)  
[www.fdp-ot.de](http://www.fdp-ot.de)  
[www.fdp-tiergarten.de](http://www.fdp-tiergarten.de)  
[www.fdp-wedding.de](http://www.fdp-wedding.de)  
[www.fdp-wilhelmstadt.de](http://www.fdp-wilhelmstadt.de)

**Bankverbindung**

FDP Mitte  
Konto 0653 386 104  
Postbank Berlin  
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namens-  
zeichen geben die Meinung  
nur ihres Autors wieder,  
nicht die der Redaktion.

**liberal central**  
**mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes**  
**berlin-mitte**  
**ausgabe november 2006**

[www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de)

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,

das Bundesverfassungsgericht hat dem Berliner Senat mitgeteilt, dass dieser die Möglichkeiten zu einer seriösen Finanzpolitik mitnichten ausnutzen würde. So richtig und klar das Urteil ist, so einfach mögen weite Teile der Begründung den Richtern gefallen sein, klingen diese doch sehr nach dem, was die Berliner FDP schon in ihrem Wahlprogramm schrieb. Es wäre unserer Stadt und ihren Bürgerinnen und Bürgern zu wünschen, dass der rot-rote Champagnersanat des Klaus Wowereit dies nun endlich zum Anlass nimmt, sich auch mal einen tiefen Schluck aus der Pulle „finanzpolitische Vernunft und Verantwortung“ zu gönnen. Allerdings wird das wohl weitere fünf Jahre fromme Hoffnung sein.

Als vierter unserer fünf Ortsverbände in Mitte hat nunmehr auch der OV Wedding einen regelmäßigen monatlichen Treffpunkt für alle Mitglieder aus der Taufe gehoben. Während die anderen drei Ortsverbände sich am Wochentag orientieren (OV Gendarmenmarkt: Mitgliederversammlung jeden zweiten Dienstag im Monat, Stammtisch jeden letzten Mittwoch; OV Tiergarten: Brunch jeden letzten Sonntag; OV Wilhelmstadt: Brunch jeden zweiten Sonntag), haben die Weddinger den 10. Tag eines jeden Monats für ihren „Stammtisch 10“ im wildromantischen „Deichgraf“ am Nordufer 10 ausgewählt, erster Termin ist so der 10. November. Den Abend des 10. November erlaube ich mir, Ihnen im Übrigen auch anderweitig zu empfehlen: Unsere erfolgreichen Spitzenkandidaten zur Berlinwahl 2006, Henner Schmidt und Peter Pawlowski, laden alle Wahlkampfunterstützer ins „Delicious Doughnuts“, und der OV Wilhelmstadt veranstaltet einen Neumitgliedertreff.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Das Alter ist mitunter kaum ein Indiz für zunehmende Bedächtigkeit – dies beweist immer wieder aufs Neue **Inge Müller-Hönow** vom OV Gendarmenmarkt. Die ehemalige Fernsehproduzentin kämpft seit nunmehr über 50 Jahren engagiert und mit Elan für die liberale Sache. Im vergangenen Monat feierte sie ihren 75. Geburtstag. LC gratuliert! (ss)

Der wichtigste Beitrag, den jeder Mensch zur  
Lösung des Armenproblems leisten muss,  
besteht darin, selbst kein Armer zu sein.

Ayn Rand

## Lagebericht des Vorsitzenden

# Die FDP ist die einzige Alternative zum ‚weiter so‘

von *Henner Schmidt*

Die neue Legislaturperiode im Abgeordnetenhaus begann gleich mit einer großen Herausforderung: Berlin wird kein zusätzliches Geld vom Bund und den anderen Ländern erhalten.



Nun ist allen klar: Die Lage ist so ernst, dass nur tief greifende Strukturveränderungen und neue kreative Ansätze die Probleme lösen können; ein einfaches „weiter so“ ist ausgeschlossen.

Statt jedoch die großen Chancen zu sehen und die Regierung zu mutigen Schritten zu drängen, bot die schwarz-grüne Opposition ein eher maulaues Bild. Herr Pflüger möchte den Bürgern noch nicht einmal einen verfassungsgemäßen Haushalt zumuten. Dabei ist es durchaus möglich, Berlin zu sanieren: Die FDP hat es vorgerechnet, die Maßnahmen sind von uns benannt. Es geht!

Ganz wesentlich ist eine weit reichende Verwaltungsreform. Durch den Abbau von Doppelarbeit und unnötiger Bürokratie können Hunderte von Millionen Euro gespart werden. Gleichzeitig würden Verwaltungsverfahren transparenter und bürgernäher. Bürger und Wirtschaft würden von unnötigen Auflagen entlastet. Besonders vorrangig ist dabei der Abbau der aufgeblähten Hauptverwaltungen. Es gibt keinen Grund, warum diese die Durchführung der Aufgaben in den Bezirken ständig nachkontrollieren und viele Aufgaben ein zweites Mal durchführen. Die FDP hat in ihrem Wahlprogramm ein Reformkonzept vorgelegt, das auf Bürokratieabbau und Dezentralisierung setzt und sicherstellt, dass

Bürger und Unternehmen die Verwaltung antreiben können.

Ich bin gespannt, ob zumindest die anderen Oppositionsparteien diesen Weg mitgehen. Schwarz-grün wird ja derzeit von der Presse systematisch hochgeschrieben. Nun muss diese Kombination zeigen, dass sie konstruktive Vorschläge entwickeln kann. Die Hürden dafür liegen hoch: Die CDU muss sich endlich von den Irrwegen der Diepgen-Landowsky-Ära verabschieden, die Grünen können nicht mehr allen Interessengruppen alles versprechen. Im schlechtesten Falle geht es so wie in den letzten Jahren in Mitte: Die CDU hat dort viele grünen Schikanen gegen die Bürger und die Wirtschaft unterstützt und dadurch die Macht verloren.

Die FDP in Mitte hat dagegen in einem Vertrag mit der SPD durchgesetzt, dass endlich wesentliche Teile der grünen Schikanen-Politik beendet werden. Eine Fortsetzung der Dubrauschen Politik wird es nicht mehr geben. Damit haben wir sehr viel für unsere Wähler, vor allem für die Gewerbetreibenden, die Gastronomie und die Investoren erreicht. Die Linkspartei.PDS, die ebenfalls einen Vertrag mit der SPD geschlossen hat, trägt dies mit. Die BZ titelte deshalb zu Recht „Mitte atmet auf“.

In Mitte wie im Land Berlin bietet die FDP ein klares Profil mit konkreten, umsetzbaren Maßnahmen für mehr Eigenverantwortung, mehr Raum für Initiative, weniger Staatsbürokratie und mehr Freiheit für die Bürger. Auch wenn das vielen unbequem ist, bieten wir den einzigen attraktiven Gegenentwurf zum rot-roten „weiter so“. Helfen Sie mit, dass möglichst viele Menschen dies erfahren und reden Sie darüber mit Kollegen und Freunden. Die FDP in Berlin hat allen Grund, selbstbewusst zu sein.

*Henner Schmidt (OV Gendarmenmarkt), Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Berlin-Mitte*

### Einladung

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

als Dank für Euer Engagement und die Hilfe im Wahlkampf 2006 laden wir Euch recht herzlich zu unserer „**Wahlkampf helfer-Party**“ ein.

Die Party findet statt: am **Freitag, den 10. November 2006, ab 19:00 Uhr** im „Delicious Doughnuts“, Rosenthaler Straße 9, Berlin-Mitte. Bis 22:00 steht der in ganz Mitte bekannte Club uns exklusiv zur Verfügung. Selbstverständlich sind in dieser Zeit Bier und Wein frei.

Wir freuen uns sehr, möglichst viele Wahlkampf helfer zu unserer Party am 10.11.2006 begrüßen zu dürfen und hoffen auf ein zahlreiches Erscheinen. Mit freundlichen und liberalen Grüßen

Henner Schmidt und Peter Pawlowski

Kommentar aus Mitte

## Das Bundesverfassungsgericht zwingt Berlin zum Blick auf die Realität

von *Philipp Ehmann*

Das Urteil ist gesprochen. Berlin muss seine Schulden selbst begleichen. Was bedeutet das – für Berlin, für Mitte, für die Menschen, die hier leben? Und was bedeutet das für die FDP? Mit einem Satz: Es bedeutet viel Arbeit.

Aber was ist jetzt zu tun?

Der rot-rote Senat hat für sich die Ziele bereits ausgemacht. Mit der drohenden Anhebung der Grundsteuer und der Gewerbesteuer bricht er der Wirtschaft vor Ort das Genick. Gleichzeitig deuten die laufenden Koalitionsverhandlungen im Land darauf hin, dass die von der SPD geplante Sparpolitik nicht umgesetzt werden kann. Diese Politik folgt offensichtlich einem Motto: „Wenn wir heute keine Bundesgelder kriegen, weil wir nicht bankrott sind, dann versuchen wir es in fünf Jahren noch mal.“ Das ist unseriös.

Was Berlin jetzt braucht, ist eine harte, vernünftige Sparpolitik. Die nötigen Einschnitte werden nur wenige erfreuen.

Die Verwaltungskosten müssen dringend gesenkt werden. Nur Berlin leistet sich den Luxus von Bezirksämtern ohne wirkliche Kompetenzen. Eine klare Trennung der Zuständigkeiten von Bezirksämtern und der Senatsverwaltung ist dringend nötig.

Die Stadtplanung gehört in die Hände der Bezirke; ebenso die Grünflächenverwaltung. Dort können die Entscheidungen in Abstimmung mit den betroffenen Bürgern am besten gefällt werden. Jede Verwaltungsleistung muss auf den Prüfstand. Durch die Abgabe der Personalverwaltung an die Schulen kann viel Geld gespart werden. Und nicht zuletzt die Auflösung des kostenzehrenden Stellenpools wird Berlin von einer großen finanziellen Last befreien.

Aber auch der stark subventionierte Kultursektor bedarf größerer Einschnitte. Die Subventionierung der zahlreichen Berliner Museen, Thea-

ter und Opern muss sich an klaren Maßstäben ausrichten. Wie andere Bundesländer sollte sich Berlin auf die Subventionierung einer großen Oper samt ihrem Ensemble konzentrieren. Für die übrigen Gebäude müssen Nutzungskonzepte entwickelt werden. Der Berliner Kulturbetrieb braucht eine einheitliche Verwaltung, die die Steuerung und Vermarktung übernimmt.

Am wichtigsten aber ist der längst fällige Verkauf der Landesbeteiligungen bei den Wohnungsbaugesellschaften. Dresden hat es erfolgreich vorgemacht. Die Privatisierung der dortigen Wohnungsbaugesellschaft ging ohne Mieterhöhungen und ohne Zwangsräumungen vonstatten. Auch haben sich die neuen Betreiber zur Instandhaltung der Gebäude verpflichtet. Die rot-roten Ängste vor dieser Privatisierung haben anscheinend mehr mit der Angst vor Kontrollverlust als mit tatsächlichen Bedenken zu tun. Privatisierung ist sozial.

Auch auf der Einnahmenseite besteht Handlungsbedarf. Da Steuererhöhungen nicht angebracht sind, brauchen wir mehr Unternehmen in Berlin. Dafür aber benötigt Berlin ein Standortkonzept.

Hier ist Mitte mit seinen zahlreichen Bundesbehörden und seiner Attraktivität als Medienstandort und Tourismuszentrum besonders wichtig. Die FDP hat sich gerade hier in Berlin-Mitte seit Jahren für dieses Ziel eingesetzt. Umso wichtiger ist es nun, dass wir den eingeschlagenen Weg auch unter dem Eindruck dieser schier nicht zu bewältigenden Schuldenlast fortsetzen.

Zwar können wir aus der Opposition heraus nur wenig erreichen, aber jeder erfolgreiche Schritt bedeutet mehr Spielraum und mehr Chancen für Berlin. Wir sollten nicht den Verlockungen der Schuldenhäufung erliegen. Die Steuergelder, die hier verbrannt werden, gehören dem Bürger. Und Armut ist auch nicht sexy, wie einige in der SPD dies kürzlich propagiert haben.

Als Liberale sollten wir hier sowohl auf Landesebene als auch im Bezirk in diesem Sinne wirtschaften. Es liegt viel Arbeit vor uns – packen wir's an.



---

*Philipp Ehmann (OV Tiergarten)*

Gastkommentar

## Deutschland braucht eine glaubwürdige Anti-Folter-Politik

von *Barbara Lochbihler*

Zusatzprotokoll zu einer UN-Konvention – das hört sich nach einer juristischen Spezialübung an, kaum relevant für uns Bürgerinnen und Bürger. Doch so ist es nicht. Die Antifolterkonvention der Vereinten Nationen verurteilt und ächtet Folter und Misshandlungen in weitestgehender Form. Doch wissen wir, dass Folter und Misshandlungen weitergehen – auch in Staaten, die dieser Konvention beigetreten sind. Das wirksamste Mittel gegen Folter ist, sie gar nicht erst möglich werden zu lassen. Vorbeugung also, und dafür brauchen wir das Zusatzprotokoll. Erfreulicherweise ist es am 22. Juni 2006 endlich in Kraft getreten. Dies ist ein großer Erfolg nicht zuletzt unserer langjährigen Arbeit dazu. Mittlerweile haben 53 Staaten das Zusatzprotokoll gezeichnet, 24 ratifiziert.

Das Zusatzprotokoll will vor allem Menschen schützen, die im Gefängnis, in Polizeihaft, in Psychiatrien, geschlossenen Pflegeheimen oder Jugendanstalten sitzen. Das Protokoll gibt dem noch einzurichtenden internationalen UN-Unterausschuss für Prävention das Recht, ohne Vorankündigung solche Einrichtungen regelmäßig zu besuchen. Darüber hinaus ist jeder Vertragsstaat verpflichtet, selbst einen vergleichbaren unabhängigen Kontrollmechanismus einzurichten. Dieser soll Kontrollbesuche machen, darüber berichten und Empfehlungen zur Verhütung von Folterungen und Misshandlungen erarbeiten. Vor allem dieser nationale Präventionsmechanismus ist wichtig, denn er stellt aufgrund seiner örtlichen Nähe und seines begrenzten Tätigkeitsbereiches ein wesentlich effektiveres Instrument dar als die bislang im Völkerrecht bekannten internationalen Gremien.

Die Bundesrepublik Deutschland hatte in den Verhandlungen das Zusatzprotokoll zur VN-Antifolterkonvention vehement befürwortet und am 18. Dezember 2002 zusammen mit 126 weiteren Staaten in der UN-Generalversammlung verabschiedet. Dann aber folgten mehr als drei

Jahre unrühmlicher Verhandlungen zwischen Bund und Ländern. Insbesondere die Bundesländer leisteten und leisten erheblichen Widerstand gegen den nationalen Präventionsmechanismus. Erst am 20. September 2006 hat Außenminister Steinmeier das Zusatzprotokoll für Deutschland unterzeichnet.

Doch damit fangen die Probleme erst richtig an. Nach uns bekannten Informationen ist geplant, dass sich die deutsche „Länderkommission“ aus



nur vier ehrenamtlich tätigen Experten zusammensetzen und von einem kleinen Sekretariat in ihrer Arbeit unterstützt werden soll. Mit dieser geringen Ausstattung aber ist die Länderkommission nicht in der Lage, die mehreren Hundert ihrer Zuständigkeit unterliegenden Einrichtungen flächendeckend aufzusuchen und nachhaltige Empfehlungen abzugeben. In der weitaus kleineren Schweiz etwa wird die Kommission voraussichtlich mit 12 bis 20 Experten besetzt werden. Wenn das Zusatzprotokoll auch in Deutschland präventive Wirkung

entfalten soll, brauchen wir eine Länderkommission mit einer adäquaten personellen und finanziellen Ausstattung.

Das derzeit geplante Modell wird effektive Prävention von Menschenrechtsverletzungen in Deutschland also kaum möglich machen. Es schadet damit nicht nur der Glaubwürdigkeit Deutschlands, sondern vor allem dem Ziel des Zusatzprotokolls selbst. amnesty international hat regelmäßig Berichte über exzessive Polizeigewalt auch in Deutschland vorgelegt. Sie widerlegen die stereotypen Einwände der Bundesländer, in Deutschland bestünden bereits ausreichende Kontrollmechanismen, die die im Zusatzprotokoll vorgesehenen überflüssig machten.

Deutschland hat sich für dieses Protokoll international stark engagiert und nimmt für sich in Anspruch, eine konsequente und glaubwürdige Antifolterpolitik zu verfolgen. Nicht zuletzt deswegen muss es hier mit gutem Beispiel vorangehen. Deutschland ist dem Zusatzprotokoll beigetreten, hat seinen Kerngedanken aber noch nicht angemessen umgesetzt. Das bleibt also weiter die Aufgabe der Politik, und wir werden sie dabei aufmerksam begleiten.

---

*Barbara Lochbihler ist Generalsekretärin der deutschen Sektion von „amnesty international“*

## Zum Thema

# Reizthema REITs

*von Thomas Plechatsch-Waterstradt*

Wird die deutsche Wohnwirtschaft durch so genannte „Real Estate Investment Trusts“ (REITs) ausländischen Profitgeiern ausgeliefert und der deutsche Traum vom billigen Wohnen zerstört?



Ein REIT ist nichts anderes als eine Form der Verbriefung von Immobilienvermögen. Mehrere Immobilien werden in eine börsennotierte AG eingebracht. Die Erträge dieser Immobilien werden größtenteils an die Aktionäre ausgekehrt und dort besteuert.

Immobilienaktien, offene und geschlossene Immobilienfonds gibt es bereits – alles, was den Kapitalmarkt effizienter macht, ist gut für die Volkswirtschaft; denn je beweglicher Vermögenswerte sind, desto produktiver sind diese einsetzbar. Vertrauen wir auch hier dem Markt, denn eines ist sicher, sollten REITs in Deutschland überflüssig sein, würde der Kapitalmarkt diese auch nicht annehmen. Generell gilt: Diese Anlageinstrumente dürfen gegenüber den Konkurrenzprodukten weder regulatorisch noch steuerlich schlechter gestellt werden.

Ein Problem lautet, dass ausländische Anleger durch Doppelbesteuerungsabkommen ggf. die Erträge steuerfrei vereinnahmen könnten. Wäre dies jedoch das entscheidende Kriterium, so müsste jedes neue Anlageprodukt bei dem Deutschland Steuern an das Ausland verliert, verboten werden. Ergo würde der deutsche Fiskus entscheiden, was eingeführt würde und was nicht – es wäre ein armes Deutschland.

Bedeutet nun schlussendlich die Einführung von REITs das Ende des sozialen Wohnungsbaus? Es ist kaum anzunehmen, dass die neue Möglichkeit der Vermögensübertragung zu höheren Mieten oder Rückbau von Wohnraum führen würde – und wer glaubt, dass (deutsche) Immobilieninvestoren nicht heute schon renditeorientiert agieren, der glaubt sicherlich auch an den Weihnachtsmann.

Mein Fazit lautet daher, keine Angst vor REITs, sondern vor denjenigen, die abschotten wollen und somit aus den Fehlern der Vergangenheit keine Lehren gezogen haben.

---

*Thomas Plechatsch-Waterstradt (OV Gendarmenmarkt)*

## Zum Thema

# Liberal – was ist das?

*von Holger Sieg*

Fragt man heute einen typischen 16-jährigen nach seinen Interessen, wird man im guten Fall hören, dass er sich für Musik interessiert oder Fußball spielt. In meiner sachsen-anhaltischen



Heimat sahen die Antworten oft weitaus ernüchternder aus. Bei „Party machen“, „saufer“ und „Langeweile schieben“ waren viele schon mit ihrem Latein am Ende. Umso mehr war man erstaunt, wenn ein Jugendlicher antwortete: „Ich bin bei den Jungen Liberalen.“, wie ich es damals getan habe. Oft ertete ich verwirrte Blicke und schien dort auch zu einer äußerst seltenen Spezies zu gehören.

Seit meinem Umzug 2004 ins Herz unserer Hauptstadt sieht dies jedoch anders aus. Hier traf ich plötzlich auf Gleichgesinnte, entdeckte viele Gemeinsamkeiten und schätze die gute Diskussionsbasis. Gerade seit dem jüngsten Bundeskongress („BuKo“) jedoch wissen wir, dass auch Julis bei brisanten Themen durchaus verschiedener Ansicht sein können. Was vereint die Julis und was entzweit sie?

Das häufigste Schlüsselwort dabei heißt Freiheit. Freiheit des Einzelnen, Freiheit von behördlichen Behinderungen oder staatlicher Bevormundung. Für mich liegt der Kern in den Bürgerrechten, der Schaffung einer gebildeten, gewaltfreien und fortschrittlichen Gesellschaft. Dabei setze ich auf starke Individualität statt Uniformität. Dennoch leben wir in einer Gesellschaft, für die jeder ebenso mit Sorgfalt Verantwortung trägt. Jeder JuLi muss sich über eine Frage klar werden: Ist es Freiheit, ungefragt und ungehindert jederzeit auf einer Straße fahren zu können oder ist es Freiheit, die Straße kaufen zu können? Für mich ist die Antwort schnell klar, und weiter gedacht ebenso, dass die Gesellschaft eine Gewährleistungspflicht gegenüber ihren Bürgern hat, was Versorgung, Verkehr, Bildung und Verwirklichungschancen betrifft. Man sollte immer auf Verstand und Herz gleichermaßen hören und auch mal aus der Sicht der Anderen die Dinge betrachten. Dies kann ich jedem JuLi nur nahe legen, denn eine gute Gesellschaft tut allen gut.

---

*Holger Sieg ist stellvertretender und kommissarischer Vorsitzender des BV Mitte der JuLis*

Aus dem Abgeordnetenhaus

## Es hilft kein Weh und Ach – Berlin muss es alleine schaffen!

*von Mieke Senfleben*

Die Richter in Karlsruhe haben geurteilt und Berlin ist dabei leer ausgegangen. Sie erkennen zwar die „angespannte“ Situation in Berlin an – aber eine extreme Haushaltsnotlage sehen die Richter so nicht! Und der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichtes, Winfried Hassemer, wies den Regierenden in Berlin zurecht: „Berlin ist vielleicht deshalb so sexy, weil es so arm gar nicht ist!“ Hoch Not peinlich für den Regierenden! Und dann ist diese Äußerung doch irgendwie nachvollziehbar, wenn der Regierende während des Wahlkampfes laut tönt, er wolle die Kitagebühren komplett abschaffen! Vielleicht war es ja gerade diese Aussage, die das Fass zum Überlaufen gebracht hat: Berlin, die Stadt, die ihre Einnahmen zu einem hohen Anteil aus dem Länderfinanzausgleich bezieht, diese Stadt verspricht nun den Bürgern und Bürgerinnen eine echte Wohltat! Kein anderes Bundesland kann sich beitragsfreie Kitas leisten – aber wir! Klar – die Kitagebühren werden fallen, ich persönlich bin davon überzeugt, dass wir sie in 10 Jahren bundesweit abgeschafft haben! Momentan, so schön es wäre, ist dies jedoch ein Affront gegenüber allen anderen Bundesländern!

Mit dem Urteil hat sich selbstverständlich die neue FDP Fraktion beschäftigt, um bereits zur konstituierenden Sitzung am 26.10. einen Dringlichen Antrag einzubringen! Hier heißt es dem Sinne nach, endlich in die Hände zu spucken, endlich anzufangen z. B. mit den notwendigen Reformen im öffentlichen Dienst, der Privatisierung von Landesvermögen, mehr Wettbewerb zuzulassen bei der Vergabe öffentlicher Leistungen! Die künftige Koalition darf die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt nicht weiter aufs Spiel setzen, und daher fordern wir umfassende Konsolidierungsmaßnahmen! Der Punkt ist doch: Berlin ist nicht so arm: Berlin hat ca. 270 000 Wohnungen, die verkauft werden können, ist an über 60 Unternehmen beteiligt, besitzt unzählige Flächen! Jammern allein hilft hier gar nicht! Was hilft? Ärmel aufkrepeln und zupacken, Herr Regierender!

*Mieke Senfleben MdB (BV Reinickendorf)*

Aus der Landespartei

## Farbkonstellationen

*von Tim Stuchtey*

Ein Thema aus dem Innenleben der FDP hat in den letzten Wochen Partei und Medien besonders interessiert und war daher natürlich auch Schwerpunkt der letzten Sitzung des Landesvorstands. Über die Zeitungen war bekannt geworden, dass sich der Landesvorsitzende von seinem Geschäftsführer getrennt hatte. Leider kam der Landesvorstand erst etwas spät zusammen, um sich über Umstände und Details des Vorgangs zu informieren. Für manche war der Schritt von Markus Löning auch überraschend, hatte Horst Krumpfen doch den Wahlkampf hervorragend organisiert und auch das finanzielle Budget dabei eingehalten. Wie später auch vor dem Landesausschuss wurden die Gründe für die einvernehmliche Trennung dargelegt, so dass die Mitglieder des Landesvorstands das Tun mit großer Mehrheit billigten und sich mit der Organisation zur Suche einer Nachfolge befassten. Auf Seite 12 dieser Ausgabe von LC finden die Leser eine Ausschreibung für den Posten eines Landesgeschäftsführers oder einer Landesgeschäftsführerin. Wer über eine Bewerbung nachdenkt, sollte sich der finanziellen Restriktionen des Landesverbandes bewusst sein. Gerne sprechen Sie vorher auch vertrauensvoll vorab Herrn Löning an. Die Vorauswahl wird streng vertraulich durch den Landesvorsitzenden, seine Stellvertreter, die Schatzmeisterin und zwei Beisitzer vorgenommen.

Neben dieser Personalangelegenheit wurde von den unterschiedlichen Farbkonstellationen in den Bezirken berichtet, was zu einem gewissen Augenzwinkern führte, da das Spektrum der Kombinationen in den unterschiedlichen Bezirksversammlungen doch erstaunlich ist. Auch die Beteiligung an einem möglichen Bürgerentscheid zum Flughafen Tempelhof und das weitere Vorgehen in Hermsdorf-Tegel waren Themen der Sitzung. Zuletzt wurden noch zwei Beschlüsse zur Landesliste und zur Verkürzung der „heißen“ Wahlkampfphase getroffen. Während ersterer für den Landesvorstand nichts Neues ist, soll letzterer den Ärger der Bürger über die Verschandelung der Stadt durch Plakate mindern und auch Ressourcen der Parteien sparen.

*Dr. Tim Stuchtey (OV Tiergarten) ist Beisitzer im Vorstand des FDP-Landesverbandes Berlin*

## Berichte aus Mitte

# Das Bezirksamt wurde gewählt

### *Peter Pawlowski für die BVV-Fraktion*

Am 26. Oktober fand die konstituierende Sitzung der BVV von Berlin-Mitte statt. Anwesend waren 54 von 55 Bezirksverordneten.

Zum Vorsteher der BVV wurde der Kandidat der SPD, Uli Davids gewählt, Frauke Sander ist als Besitzerin im Vorstand der BVV.

Zum Bezirksbürgermeister wurde mit 36 Ja-Stimmen Dr. Christian Hanke gewählt, stellv. Bezirksbürgermeister und Stadtrat für Wirtschaft wurde Joachim Zeller von der CDU (45 Ja-Stimmen).

Die zukünftige Stadträtin für Soziales heißt Miriam Scheffler (Bündnis 90/Die Grünen) – 36 Ja-Stimmen, zur Stadträtin für Bildung, Kultur und Schule wurde erneut Dagmar Hänisch (SPD) mit 47 „Ja“ gewählt. Ebenso wieder gewählt wurde Dr. Jens Heuer (PDS) zum Stadtrat für Jugendhilfe und Finanzen (39 Ja-Stimmen), der Bereich Stadtentwicklungspolitik geht an Ephraim Gothe (SPD), für den 36 Verordnete gestimmt haben.

Drei Tage zuvor haben sich Kandidaten der Grünen und der SPD für die Posten der Bürgermeister und Bezirksstadträte bei der Fraktion der FDP persönlich vorgestellt. Dies gab uns die Gelegenheit über einige politische Themen zu diskutieren und sich auf die Form der zukünftigen Zusammenarbeit zu einigen. Im Mittelpunkt stand die Stadtentwicklungspolitik und die Schule, allen voran die Rolle der privaten Schulen in unserem Bezirk.

### **Klausurtagung der BVV-Fraktion**

Im Mittelpunkt der diesjährigen Klausurtagung der BVV-Fraktion am 21. Oktober standen zwei, für Bezirk Mitte ganz besonders brisante Themen: Schule und Integration.

Fachlich wurde die Tagung durch versierte Referenten begleitet: den bildungspolitischen Referenten der Bundestagsfraktion Wolf-Dieter Hasenclever, die Integrationssprecherin der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag Sibylle Laurischk und den Integrationsreferenten des Bürgermeisters von Berlin-Mitte Wolf Müller.

Die Vorträge und die rege Diskussion gingen weit über das Feststellen von Defiziten im Bildungs- und Integrationsbereich hinaus.

Im Laufe der Tagung wurden konkrete Initiativen besprochen, die die BVV-Fraktion versuchen wird in Form von Anfragen und Anträgen umzusetzen. Ferner wurde beschlossen, dass die Kontakte zwischen den Mitgliedern der Fraktion in Mitte und anderen BVVs, den FDP-Abgeordneten im AGH und im Bundestag intensiviert werden sollten.

Wir hoffen natürlich auch auf die fachliche Unterstützung von kompetenten Parteifreunden, die keinen Gremien angehören.

Wir sind ansprechbar über das Fraktionsbüro der FDP in der BVV Mitte, Neues Stadthaus, Raum 230, Parochialstr. 1–3, 10179 Berlin, Tel. 2009 24 365, Fax 2009 24 363  
Öffnungszeiten: Mo, 12:00 bis 20:00, Di, Do 12:00 bis 18:00

[www.fdp-fraktion-mitte.de](http://www.fdp-fraktion-mitte.de)

## Der OV Gendarmenmarkt diskutiert 2007

### *Stefan Scholz vom OV Gendarmenmarkt*

Das Löwenbräu in der Leipziger Straße diente den Liberalen des Ortsverbandes Gendarmenmarkt auch im Oktober als Treffpunkt der regelmäßigen Mitgliederversammlung.

Die Anwesenden bedankten sich bei den Kandidaten zur Wahl noch einmal mit Blumen stellvertretend für alle aktiven Wahlkämpfer. In seiner neuen Funktion als Abgeordneter eröffnete Henner Schmidt mit einer kritischen Wahlanalyse die Diskussion zu den Herausforderungen des Ortsverbandes im kommenden Jahr. Doch nicht nur der Blick in die Zukunft beschäftigte die Liberalen vom Gendarmenmarkt. In geselliger Runde diskutierte man bereits jetzt das legendäre Weihnachtsfest des Ortsverbandes bei einem Glas Oktoberfestbier.

Eine bedauerliche Nachricht ereilte den Ortsverband in der vorvergangenen Woche. Mit Überraschung vernahmen die Landesausschussdelegierten den Wegzug eines der prominentesten Mitglieder vom Gendarmenmarkt. Gabriele „Gaby“ Heise, langjähriges Mitglied des Landesvorstandes, verlässt berufsbedingt die Hauptstadt gen Süddeutschland. Der Ortsverband dankt Gaby Heise aus vollem Herzen für ihr fantastisches Engagement für die liberale Sache und wünscht ihr einen erfolgreichen Start in der neuen Heimat.

## „Stammtisch 10“ im Weddinger Deichgraf

*Volker Jürgensen vom OV Wedding*

Auf seiner letzten Sitzung hat der Vorstand des Ortsverbandes Wedding die Einführung eines Stammtisches beschlossen. Die – man kennt das ja – erfolglose Suche nach einem Wochentag, der allen genehm ist, wurde unkonventionell gelöst. Der Stammtisch findet immer am Zehnten eines Monats statt, so dass alle Wochentage mal dran sind.

Als Treffpunkt wurde der „Deichgraf“ auserkoren, eine traditionsreiche Weddinger Gaststätte, vom Stil her irgendwo zwischen Kneipe und Restaurant. Es gibt gute, vor allem deutsche Küche und Frischgezapftes. Der Deichgraf liegt am Nordufer 10 (passend zum Datum!) am Berlin-Spandauer Schifffahrtskanal, in der Nähe des U-Bahnhofs Amrumer Straße und des S- und U-Bahnhofs Westhafen. Im Sommer kann man schön im Biergarten sitzen, aber das dauert ja noch...

Der Ortsverband Wedding würde sich freuen, alle interessierten Parteifreundinnen, Parteifreunde und Sonstige zum „Stammtisch 10“, erstmals am 10. November ab 19 Uhr, begrüßen zu können.

## Bewegung

*Anno Blissenbach vom OV Wilhelmstadt*

Der überraschende Besuch unseres Bezirksvorsitzenden und Abgeordneten, Henner Schmidt, erfreute die Teilnehmer des diesmonatlichen Politischen Brunch des OV Wilhelmstadt (WS). Unser Gast wusste die Frühstückenden über die bewegten und ausgesprochen erfolgreichen "Zählgemeinschafts-Verhandlungen" im Bezirk Mitte ebenso spannend und unterhaltsam zu informieren wie über die Konstituierung der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus.

Besonders erwähnenswert, dass die Besetzung der Fraktionsmitarbeiterstellen diesmal streng nach fachlicher Eignung erfolgen soll – Zeichen einer Fraktion, welche sich hinsichtlich inhaltlicher Qualität ihrer Arbeit anspruchsvolle Ziele setzt, um aus der Opposition heraus Bewegung für Berlin zu ermöglichen.

Die von der Landesgeschäftsstelle beim Landesausschuss vorgelegte Mitgliederbewegungsstatistik weist für WS im Saldo ein Plus von

neun Mitgliedern aus. Dass sie vom 31.12.2005 bis 30.09.2006 zehn Abgänge nennt, zeigt, dass WS den im Punkt Karteibereinigung vorbildlichen - BV-Lichtenberg nicht nachstehen möchte. Garant hierfür ist unser Schatzmeister, Erwin Ludwig, der hart an der Sache arbeitet.

## Berlins Finanzmisere und die Notwendigkeit einer Verwaltungsreform

*Katja v. Maur und Peter Pawlowski vom  
OV Tiergarten*

„...war es eine Komödie, so wollte er (K.) mit-spielen“ heißt es in dem berühmten Roman von Franz Kafka. Dasselbe musste sich wohl der regierende Bürgermeister von Berlin gedacht haben, als er vor das Bundesverfassungsgericht zog, um die maroden Finanzen Berlins zu verbessern. Komödiantisch blieb die ganze Situation für Klaus Wowereit fast bis zum Schluss; „Arm aber sexy“- auf eine solche Verteidigungsstrategie wäre der Romanheld im „Prozess“ wohl nie gekommen. Doch diesen Spaß wollte in Karlsruhe niemand verstehen- zu Recht!

Die entscheidende Frage lautet: Was nun Berlin? Bei unserem gut besuchten Brunch am letzten Sonntag im Oktober widmeten wir uns - zusammen mit unserem Gast, Henner Schmidt, MdA stellv. Fraktionsvorsitzender und Sprecher der FDP-Fraktion für Umwelt und Verwaltungsreform – in einer äußerst spannenden und lebhaften Diskussion der Frage nach möglichen Auswegen aus der katastrophalen Finanzlage Berlins. Unser besonderes Augenmerk galt dabei der Reform der Berliner Verwaltung und folgenden Fragen: Sollten die Bezirke abgeschafft werden? Ist eine konsequente Dezentralisierung eine bessere Lösung? Auf welche Landesbehörden könnte man in Berlin gänzlich verzichten? Unsere Fraktion im Abgeordnetenhaus wird diese Fragen unter der Federführung von Henner Schmidt einer konstruktiven Lösung zuführen. Alle sind aufgefordert, mitzudiskutieren und an konstruktiven Lösungen mitzuarbeiten, denn wir wissen: „Berlin kann nicht warten...“!!!

Bei der Vorstandssitzung des OV Tiergarten wurden diesmal die Verhandlungen auf BVV Ebene ausgewertet und diskutiert. Außerdem wurden die nächsten Termine besprochen.

## Personalien

(au) Zum Ende dieses Jahres wird **Horst Krumpen** (Foto, Wedding) aus dem Amt des Landesgeschäftsführers und Pressesprechers der Berliner FDP ausscheiden. Krumpen hatte nach allgemeiner Ansicht den Bundestagswahlkampf 2005 und den Abgeordnetenhauswahlkampf 2006 sehr gut gemanagt, was denn auch unser Landesvorsitzender **Markus Löning** zum einvernehmlichen Abschied hervorhob. Horst Krumpen, in dessen Zeit auch der Umzug in die schicke neue Landesgeschäftsstelle fiel, hat nicht zuletzt mit seiner unbestechlich-korrekten Art der Amtsführung dem organisierten Liberalismus in Berlin einen bleibenden Beitrag geleistet.



(au) In den Bezirksverordneten-Versammlungen der zwölf Berliner Bezirke haben sich alle FDP-Fraktionen konstituiert. In Steglitz-Zehlendorf (sechs Liberale) ist mit **Kay Ehrhardt** der bisherige auch der künftige Fraktionsvorsitzende, dito im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf (fünf) **Jürgen Dittberner** und in Reinickendorf (vier) **Carin Hollube**. In einigen anderen Bezirken gab es Veränderungen, zumeist deshalb, weil die bisherigen BVV-Fraktionsvorsitzenden in das Abgeordnetenhaus gewählt worden waren. Die Fraktion in Tempelhof-Schöneberg (vier) wird jetzt von **Monika Schuch** geführt, jene in Mitte (drei) von **Peter Pawlowski**, jene in Spandau (drei) von **Paul Fresdorf**, jene in Neukölln (drei) von **Andreas Lück** und jene in Marzahn-Hellersdorf (drei) von **Dennis Stempel**. In Friedrichshain-Kreuzberg, Lichtenberg, Pankow und Treptow-Köpenick ist die FDP mit je zwei Verordneten vertreten, hat keinen Fraktionsstatus.

(au) Auf hohem Niveau die Klausurtagung der FDP-Fraktion in der BVV Mitte zu den Schwerpunktthemen Bildungs- und Integrationspolitik mit dem bildungspolitischen Referenten der Bundestagsfraktion **Wolf-Dieter Hasenclever** (OT), der integrationspolitischen Sprecherin der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag **Sibylle Laurischk** und dem Integrationsreferenten des Bürgermeisters von Berlin-Mitte **Wolf Müller**. Unter den Teilnehmern konnte der Fraktionsvorsitzende **Peter Pawlowski** (Tiergarten) etwa **Henner Schmidt** MdA, **Stefan Scholz** (beide Gendarmenmarkt), **Frauke Sander** (OT), **Dabashish Bhaduri**, **Donald Tuckwiller** (beide Tiergarten), **Nils Augustin** (Wilhelmstadt) oder als Schöneberger Gäste **Gönül Glowinski** und **Mirco Dragowski** begrüßen.

(au) **Gaby Heise** (Gendarmenmarkt) zieht aus familiären und beruflichen Gründen nach Baden-Württemberg – und wird auch politisch in den dortigen FDP-Landesverband wechseln. Bekannt und geschätzt für ihren scharfen Intellekt und ihre persönliche Unabhängigkeit hatte Gaby Heise in den vergangenen Jahren der liberalen Sache in Berlin in zahlreichen Ämtern gedient, so etwa als Stellvertretende Landesvorsitzende der FDP, als Landesvorsitzende der Liberalen Frauen oder als Mitglied in unserem FDP-Bezirksvorstand Mitte. Zwei Mal kandidierte Gaby Heise aus unserer Mitte für den Deutschen Bundestag. Wir werden sie vermissen.



(au) Der Landesfachausschuss Innen, Recht und Verwaltungsreform der Berliner FDP hatte – guter Übung entsprechend – die fachpolitisch zuständigen Sprecher der neuen AGH-Fraktion eingeladen. **Henner Schmidt** MdA (Gendarmenmarkt) und **Björn Jotzo** MdA (Charlottenburg-Wilmersdorf) beflügelten eine fruchtbare Diskussion – und freudig überraschen konnte die ganze Sitzung die Anwesenden um den LFA-Vorsitzenden **Peter Schantz** (Charlottenburg-Wilmersdorf) und **Hans-Jürgen Schmidt** (Reinickendorf) mit einem ausführlichen Diskurs zu Wahlrecht und Kandidatenaufstellungsverfahren sine ira et studeo; wir können es ja doch noch.

(au) Personalwahlen sind mancher Parteifreundin und manchem Parteifreund das Salz in der Suppe politischen Engagements, und wenn es keine turnusgemäßen Wahlen zu Parteiämtern oder Kandidatenaufstellungen für öffentliche Mandate gibt, dann findet eine Nachwahl statt. Eine solche war etwa im BV Lichtenberg der FDP nach dem Rücktritt des ehemaligen Vorsitzenden **Stefan Schleif** erforderlich geworden, und noch vor der Wahl des einzigen Kandidaten **Rico Apitz** zu seinem Nachfolger trat auch der gesamte Vorstand im Übrigen zurück, so dass der Bezirksausschuss den kompletten Vorstand nachwählte. Auf das Notwendige beschränkt sich hingegen der Landesverband Berlin der Jungen Liberalen, wenn er am 18.11. eine Nachwahl einer Stellvertretenden Vorsitzendenperson und einer Beisitzerperson zum Vorstand durchführt. Das Schiedsgericht des Berliner Landesverbandes unserer Jugend hatte die Wahl des aktuellen Landesvorstandes um **Daniela Langer** vom Januar für komplett nichtig erklärt; das von den Betroffenen dann angerufene JuLi-Bundesschiedsgericht würdigte den Sachverhalt so, dass es nur zwei der Wahlen für nichtig ansah.

## Leserbriefe

### **Beate Schütz ( JuLis BV Wuhletal )**

Auf ihrem Bundeskongress in Jena thematisieren die JuLis die Sozialpolitik und werfen der FDP dabei einen Mangel an Solidarität vor. Wird so nicht den Argumenten der politischen Gegner unnötig Vorschub geleistet? Ganz unter diesem Einfluss wird im Leitantrag beispielsweise die Kritik an Sozialmissbrauch herausgestrichen, die früher beschlossene Privatisierung der Arbeitslosenversicherung rückgängig gemacht und andere vermeintlich soziale Punkte beschlossen. Thematische Verbreiterung heiße ich grundsätzlich für gut, doch spreche ich mich deutlich gegen eine Verwässerung des liberalen Profils aus.

### **Peter Lundkowski ( OV Wedding )**

Mit großer Verärgerung habe ich das Schlusswort der letzten LC-Ausgabe gelesen. Die Intention, die in den Ausführungen zum Ausdruck kommt, ist für mich nicht nachvollziehbar. So kann keine ethische Diskussion geführt werden. Diese Vorgehensweise, das isolierte Herausgreifen eines Begriffes, ist der Stil einer Propagandaschrift. Die unterschwellig ausgesprochenen Gleichsetzungen, Gott = Kirche = Krieg, Grausamkeiten bzw. Atheismus = Humanismus = Frieden, friedliches Zusammenleben, sind inhaltlich naiv, verfälschend und ideologisch ausgerichtet. Sie stammen eigentlich aus einer sozialistischen Richtung. Zur These Gott = Kirche ist dem Verfasser zu raten, sich näher mit den ethisch-philosophischen Grundlagen des Philosophen Karl Jaspers zu beschäftigen.

## Schlusswort

### **Liberales Berlin**

#### *von Jan Valentin Deichsel*

Mitte September scheint eine gute Zeit für die Liberalen zu sein. Nach dem beeindruckenden Ergebnis zur Bundestagswahl 2005 konnte die FDP auch dieses Jahr mit einem großartigen Ergebnis in Mecklenburg-Vorpommern aufwarten. Nur Berlin will nicht so recht ins Bild passen, allen Schönredungen vom „Zweitbesten Ergebnis in Berlin“ zum Trotz.

Zwei verlorene Prozentpunkte für die so wichtige liberale Kraft in Berlin und das trotz eines insgesamt positiven Trends im Bund und anderen Ländern. Das kann und darf nicht zufrieden stellen! Die Grünen dagegen haben es geschafft, ein zwar diffuses aber sehr wirkungsvolles Lebensgefühl zu etablieren, das ihnen in der Hauptstadt Wähler zutreibt. Darunter sind aber viele, die ur-liberale Einstellungen haben und die Grünen (nur) wählen, weil sie sie als vermeintlich kleinstes Übel ansehen – zum Teil aus Unkenntnis oder auch Desinteresse.

Diesen - meist jungen - Wählern gilt es, wirklich Liberales nahe zu bringen. Gerade in einer toleranten und offenen Stadt wie Berlin ist der Boden da, ein echtes liberales Lebensgefühl zu entwickeln und zu etablieren. So kann es gelingen, einen liberalen Aufschwung nachhaltig zu gestalten – damit in 5 Jahren dann wirklich gefeiert werden kann!

## Liberales Unternehmen in Mitte: **Thomas Niemeyer** ( OV Wilhelmstadt )



Thomas Niemeyer, geb. am 09.09.1971 in Hannover, Sohn eines Handwerksmeisters, ist seit sieben Jahren Wahlberliner im schönen Bezirk Mitte. In erster Linie bezeichnet sich der Immobilienprojektentwickler als konzeptionell denkender Unternehmer, der nebenbei auch Eigentümer einer Softwarefirma für Spezialanwendungen und Partner eines Vertriebsunternehmens für elektronische Fahrtenbücher ist. Mitte sieht er nicht nur als seinen metropoliten Wohnbezirk, sondern auch als politische Heimat, die er nach fünf Jahren Parteimitgliedschaft nun im OV Wilhelmstadt gefunden hat. Die Motivation sich politisch zu engagieren zieht er aus seinem Wahlspruch: „Lieber Verändern als verändert werden“. Am meisten ärgern ihn undurchdachte Verkehrsführung, Kiezstreifen, die lieber Fahrradfahrer im Park schikanieren, als sich um Drogendealer zu kümmern und die wirtschaftsfeindliche Politik des Bezirksamtes. Leidenschaften: Reiten, Segeln, Skaten und Malen.

### Termine

#### **November 2006**

- 10.11 16.30h FNS: **Veranstaltung** „E-Learning - Neue Chancen zur beruflichen Qualifizierung“ – im Haus der Land- und Ernährungswirtschaft (Claire-Waldoff-Str. 7) – Info unter [monica.wolsky@fnst.org](mailto:monica.wolsky@fnst.org)
- 10.11 18.00h OV Wilhelmstadt: **Neumitgliedertreffen** im Weinkultur Habel (Luisenstr. 19)
- 10.11 19.00h OV Wedding: **Stammtisch** im Deichgraf (Nordufer 10)
- 10.11 19.00h BV Mitte: **Wahlkampf helfer-Party** im Delicious Doughnuts (Rosenthaler Str. 9)
- 12.11 11.30h OV Wilhelmstadt: **Politischer Brunch** im La Parilla (Albrechtstr. 11)
- 13.11 19.30h Liberale Frauen Berlin: **Mitgliederversammlung** im AGH, Raum siehe Display
- 14.11 19.30h OV Gendarmenmarkt: **Mitgliederversammlung** im Löwenbräu (Leipziger Str. 61)
- 14.11 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Lichtblick (Birkenstr. 33)
- 17./18.11 Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand: **Liberarer Mittelstandstag** und **Bundesdelegiertenkonferenz** – in Düsseldorf – Info unter [www.liberaler-mittelstand.de](http://www.liberaler-mittelstand.de)
- 18.11 JuLis Berlin: **Landeskongress** – mit Nachwahlen zum Landesvorstand u.a. – Info unter [www.julis-berlin.de/termine.php](http://www.julis-berlin.de/termine.php)
- 26.11 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) im Walhalla (Krefelder Str. 6)
- 29.11 19.30h OV Gendarmenmarkt: **Stammtisch** im Jay's (Mohrenstr. 17 b)
- 29.11 20.00h BV Mitte: **Bezirksausschuss** – mit Berichten aus den Fraktionen in dem AGH und in der BVV, programmatische Anträge u.a. – im Rathaus Tiergarten (Turmstr.)

#### **Dezember 2006**

- 03.12 10.00h OV Wilhelmstadt: **Adventsbrunch** im Restaurant Die Eins (Wilhelmstr. 67A)
- 05.12 19.00h JuLis Mitte: **Mitglieder- u. Interessententreffen** im Via Nova (Universitätsstr. 2-3a)
- 07.12 21.30h OV Wilhelmstadt: **Vorstand** im La Parilla (Albrechtstr. 11)
- 10.12 11.30h OV Wilhelmstadt: **Politischer Brunch** im La Parilla (Albrechtstr. 11)
- 10.12 19.00h OV Wedding: **Stammtisch (weihnachtlich)** im Deichgraf (Nordufer 10)
- 12.12 19.30h OV Gendarmenmarkt: **Weihnachtsfeier**, Info unter [www.fdp-friedrichstadt.de](http://www.fdp-friedrichstadt.de)
- 12.12 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Lichtblick (Birkenstr. 33)
- 16.12 JuLis Berlin: **Weihnachtsfeier** – Info unter [www.julis-berlin.de/termine.php](http://www.julis-berlin.de/termine.php)

**Termine im Bezirk werden laufend aktualisiert unter [www.fdp-mitte.de](http://www.fdp-mitte.de)**

**Bitte senden Sie Ihre Termin-Informationen an [termine@fdp-mitte.de](mailto:termine@fdp-mitte.de)**

Vorstands- und Fraktions-Sitzungen sind, soweit hier genannt, für Mitglieder öffentlich

Die **Berliner FDP** sucht zur Leitung ihrer Landesgeschäftsstelle **ab 1. Januar 2007** eine/n **Landesgeschäftsführer/in**. Bewerbungen bitte bis zum 21. November 2006 an:

FDP Berlin, z. H. des Landesvorsitzenden Markus Löning, Dorotheenstraße 56, 10117 Berlin

Für Nachfragen steht der Landesvorsitzende telefonisch zur Verfügung (030 / 22 77 00 88)

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite [www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de) eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter [www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de).

Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter [redaktion@liberal-central.de](mailto:redaktion@liberal-central.de).